

Kantonsratsbeschluss

Vom 09.12.2015

Nr. SGB 0138/2015

Globalbudget "Soziale Sicherheit" für die Jahre 2016 bis 2018

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)², nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 8. September 2015 (RRB Nr. 2015/1393), beschliesst:

1. Für das Globalbudget „Soziale Sicherheit“ werden für die Jahre 2016 bis 2018 folgende Produktegruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktegruppe 1: Dienstleistungen für Sozialregionen und Gemeinden
 - 1.1.1 Sozialhilfe und Nothilfe sind gewährleistet und wirtschaftlich erbracht.
 - 1.2 Produktegruppe 2: Schutz und Hilfe
 - 1.2.1 Schutz und Hilfe sind rechtzeitig und angemessen gewährleistet.
 - 1.3 Produktegruppe 3: Förderung und Prävention
 - 1.3.1 Einwohner und Einwohnerinnen handeln eigenverantwortlich und sind integriert.
 - 1.4 Produktegruppe 4: Aufsicht und Bewilligung
 - 1.4.1 Die Leistungserbringer von sozialen Aufgaben und der Betrieb sozialer Institutionen sind bewilligt und beaufsichtigt.
 - 1.5 Produktegruppe 5: Beiträge und Subventionen
 - 1.5.1 Beiträge und Subventionen sind wirkungsorientiert gewährt und prompt bearbeitet.
2. Für das Globalbudget „Soziale Sicherheit“ wird als Saldovorgabe für die Jahre 2016 bis 2018 ein Verpflichtungskredit von Fr. 36'300'000 beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget „Soziale Sicherheit“ wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrats

Ernst Zingg
Präsident

Fritz Brechbühl
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

¹ BGS 111.1

² BGS 115.1

Verteiler

Departement des Innern (3); HS, PB, BS
ASO (10)
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Parlamentscontroller
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste (1204/2015)